

Meuterei gegen Merz

Beitrag von „Albert Motorsport“ vom 24. Mai 2026, 07:53

Der CDU-Parlamentskreis Mittelstand fordert wirtschaftspolitische Kurskorrekturen

MEUTEREI GEGEN MERZ

CDU-PARLAMENTSKEIS MITTELSTAND
fordert Kurskorrekturen!

UNSERE FORDERUNGEN

- STEUERLICHE MEHRBELASTUNGEN STOPPEN!**
- ZWECKENTFREMUNG SONDERVERMÖGEN BEENDEN!**
- WACHSTUMSMASSNAHMEN JETZT UMSETZEN!**
- VERSICHERUNGSFREMDE LEISTUNGEN FÜR GRUNDSICHERUNGSEMPFÄNGER FAIR FINANZIEREN!**
- KEINE WEITERE LOCKERUNG DER SCHULDENBREMSE! KURS HALTEN!**

CDU
PARLAMENTSKEIS
MITTELSTAND

*Leistung fördern.
Freiheit sichern.
Zukunft gestalten.*

Innerhalb der CDU wächst der Widerstand gegen den wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs der Bundesregierung unter Bundeskanzler Friedrich Merz.

Besonders der CDU-Parlamentskreis Mittelstand (PKM), der traditionell als Stimme des wirtschaftsliberalen und unternehmerischen Flügels der Union gilt, schlägt zunehmend Alarm.

In einem deutlichen Forderungskatalog kritisieren zahlreiche Mittelstandsabgeordnete steuerliche Mehrbelastungen, die Zweckentfremdung von Sondervermögen sowie eine aus ihrer Sicht fehlende Wachstumsstrategie. Gleichzeitig warnen sie vor einer weiteren Aufweichung der Schuldenbremse und fordern eine ehrliche Finanzierung versicherungsfremder Leistungen im Sozialstaat.

Die Kritik richtet sich dabei längst nicht mehr nur gegen die politische Opposition, sondern zunehmend gegen die eigene Regierungsspitze. Viele Mittelständler innerhalb der Union sehen die Gefahr, dass die CDU unter Merz ihre wirtschaftspolitische Glaubwürdigkeit verliert. Unternehmer, Handwerker und Familienbetriebe erwarteten von der Union ursprünglich Entlastung, Planungssicherheit und eine klare Orientierung an marktwirtschaftlichen Prinzipien.

Ein zentraler Streitpunkt sind die zunehmenden steuerlichen Belastungen für Unternehmen und Bürger. Der PKM kritisiert, dass trotz wirtschaftlicher Schwächephase immer neue Abgaben, CO₂-Kosten und Bürokratielasten entstehen. Besonders der industrielle Mittelstand leide unter hohen Energiepreisen, internationalen Wettbewerbsnachteilen und einer immer komplexeren Steuer- und Regulierungslandschaft. Statt zusätzlicher Belastungen fordert der Mittelstandsflügel umfassende Entlastungen bei Unternehmenssteuern, schnellere Abschreibungen für Investitionen sowie eine Senkung der Stromsteuer und der Sozialabgaben.

Ebenso scharf kritisiert wird der Umgang mit den sogenannten Sondervermögen. Ursprünglich sollten diese zusätzlichen Schulden als außergewöhnliche Instrumente für Krisen und Zukunftsinvestitionen dienen. Aus Sicht des PKM werden sie jedoch zunehmend genutzt, um reguläre Haushaltsprobleme zu kaschieren und politische Projekte außerhalb des eigentlichen Bundeshaushalts zu finanzieren. Die Mittelständler warnen davor, dass dadurch Transparenz und Haushaltsdisziplin verloren gehen. Viele sehen darin eine Umgehung der Schuldenbremse durch die Hintertür.

Gerade die Schuldenbremse gilt für den wirtschaftsliberalen Flügel der CDU als unverzichtbares Stabilitätsinstrument. Deshalb lehnt der PKM eine weitere Lockerung entschieden ab. Neue Schulden seien keine nachhaltige Antwort auf strukturelle Probleme. Stattdessen brauche

Deutschland wieder eine Politik, die Wachstum ermögliche und Leistung belohne. Dauerhafte Kreditfinanzierung gefährde langfristig die Stabilität des Standorts Deutschland und belaste kommende Generationen massiv.

Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft die sogenannten versicherungsfremden Leistungen in den Sozialversicherungen. Der PKM fordert, dass Leistungen für Grundsicherungs-Empfänger, die keinen direkten Bezug zu eingezahlten Versicherungsbeiträgen haben, künftig vollständig aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Hintergrund ist die Sorge, dass Renten-, Kranken- und Sozialkassen zunehmend für allgemeine staatliche Aufgaben belastet werden. Dadurch steigen Beiträge für Arbeitnehmer und Unternehmen, während die eigentlichen Sozialversicherungen finanziell unter Druck geraten.

Nach Ansicht des Parlamentskreises müsse Deutschland endlich wieder auf echte Wachstumsmaßnahmen setzen. Dazu gehören Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung, Technologie und Bildung ebenso wie schnellere Genehmigungsverfahren und ein konsequenter Bürokratieabbau. Viele Unternehmer hätten inzwischen den Eindruck, dass Deutschland im internationalen Wettbewerb zurückfällt, weil politische Entscheidungen zu langsam, zu kompliziert und zu ideologisch geprägt seien.

Die Wortmeldungen aus dem CDU-Parlamentskreis Mittelstand zeigen deutlich, dass innerhalb der Union ein tiefer Richtungsstreit entstanden ist. Während Kanzler Merz versucht, Regierungsfähigkeit und Koalitionskompromisse zu sichern, verlangen viele Mittelstandsvertreter eine klare Rückkehr zu klassisch konservativer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Kritik aus den eigenen Reihen könnte sich deshalb zu einer ernsthaften Belastungsprobe für die Autorität des Kanzlers entwickeln.

Die "Meuterei gegen Merz" ist damit mehr als nur innerparteiliche Unruhe. Sie steht symbolisch für die grundsätzliche Frage, welchen wirtschaftspolitischen Kurs die Union künftig einschlagen will: flexible Schuldenpolitik und politische Kompromisse, oder eine Rückkehr zu Haushaltsdisziplin, Mittelstandsförderung und marktwirtschaftlicher Ordnungspolitik.

Viele ehemalige CDU-Wähler, die sich inzwischen der Alternative für Deutschland zugewandt haben, empfinden, dass zentrale wirtschafts- und migrationspolitische Positionen der AfD heute näher an klassischen konservativ-bürgerlichen Forderungen liegen als der aktuelle Kurs der Union. Themen wie Schuldenbremse, Kritik an Sondervermögen, Entlastung des Mittelstands, Bürokratieabbau oder die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen werden deshalb seit

Jahren stark von der AfD besetzt und spülen ihr stetig neue Wähler zu.

Der CDU-Parlamentarischer Kreis Mittelstand versucht nun offenbar, genau diese Themenfelder wieder stärker für die Union zurückzugewinnen. Dahinter steht die Sorge, dass die CDU ihre traditionelle Stammwählerschaft aus Mittelstand, Handwerk, Selbstständigen und konservativen Arbeitnehmern weiter verliert.

Viele dieser Wähler sehen in der aktuellen Politik der Union unter Friedrich Merz einen Widerspruch zwischen Wahlkampfversprechen und tatsächlicher Regierungspolitik.

Politisch bemerkenswert ist dabei weniger, dass diese Forderungen erhoben werden, sondern dass sie inzwischen offen aus der eigenen CDU-Fraktion kommen. Genau das verleiht dem Begriff "Meuterei gegen Merz" seine politische Sprengkraft. Denn wenn selbst wirtschaftsliberale CDU-Abgeordnete öffentlich Positionen vertreten, die viele Bürger derzeit eher mit der AfD verbinden, zeigt das den wachsenden Druck innerhalb der Union.

Die Union steht vor einem strategischen Dilemma:

- Rückt sie wieder stärker auf einen klassisch konservativ-wirtschaftsliberalen Kurs zurück, könnte sie verlorene Wähler zurückholen.
- Bleibt sie auf einem stärker koalitionsorientierten Regierungskurs, riskiert sie weitere Abwanderung konservativer Wähler zur AfD.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gewinnen Themen wie Steuerlast, Energiepreise, Staatsverschuldung und Sozialabgaben massiv an Bedeutung. Genau dort entscheidet sich für viele ehemalige CDU-Wähler inzwischen die politische Glaubwürdigkeit, und ja, letztlich auch die Wahlentscheidung.

Die zentrale Frage lautet deshalb für viele Bürger:

Warum setzt die CDU zentrale Forderungen, die sie selbst jahrzehntelang vertreten hat, nicht konsequenter um, und überlässt damit politische Themenfelder zunehmend der AfD?